

BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2013.23 vom 3. Juni 2013

Bs Sozialversicherungsgericht, 2013-06-03, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bs_sozialversicherungsgericht_AL.2013.23

FR: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2013.23 du 3 juin 2013

IT: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2013.23 del 3 giugno 2013

Volltext

Sozialversicherungsgericht

des Kantons Basel-Stadt

URTEIL

vom 27. März 2018

Mitwirkende

Dr. A. Pfeleiderer (Vorsitz), R. Köhler, Dr. med. C. Karli
und Gerichtsschreiberin M^{Law} L. Marti

Parteien

A_____

Beschwerdeführer

Arbeitslosenkasse B_____

Beschwerdegegnerin

Gegenstand

AL.2013.23

Einspracheentscheid vom 3. Juni 2013

Anspruch auf eine Arbeitslosenentschädigung

Die Präsidentin

Die Gerichtsschreiberin

Dr. A. Pfeleiderer M^{Law} L. Marti

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen nach der Eröffnung der vollständigen Ausfertigung beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht werden (Art. 100 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht [Bundesgerichtsgesetz, BGG]). Die Beschwerdefrist kann nicht erstreckt werden (Art. 47 Abs. 1 BGG). Die Beschwerdegründe sind in Art. 95 ff. BGG geregelt.

Die Beschwerdeschrift ist dem Bundesgericht, Schweizerhofquai 6, 6004 Luzern, in dreifacher Ausfertigung zuzustellen. Die Beschwerdeschrift hat den Anforderungen gemäss Art. 42 BGG zu genügen; zu beachten ist dabei insbesondere:

- a) Die Beschwerdeschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift zu enthalten;

b) in der Begründung ist in gedrängter Form darzulegen, inwiefern der angefochtene Entscheid Recht verletzt;

c) die Urkunden, auf die sich die Partei als Beweismittel beruft, sind beizulegen, soweit die Partei sie in Händen hat, ebenso der angefochtene Entscheid.

Geht an:

Versandt am:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.